

# Straßensanierung und sozialer Wohnungsbau

Stadt will im nächsten Jahr 58 Millionen Euro für verschiedene Bauvorhaben ausgeben

Von Rainer Breda

**Hildesheim.** Der Rat hat sich am Montagabend einstimmig entschieden, wofür die Stadt im nächsten Jahr ihr Geld ausgibt. Das Haushaltsvolumen beläuft sich auf 330 Millionen Euro, Redner mehrerer Fraktionen betonten die hohe Summe für Investitionen: Für sie sind 58 Millionen Euro vorgesehen.

„Ganz klar – das ist ein Investitions-Haushalt“, fand FDP-Finanzexperte Michael Kriegel. Allerdings könne es sein, dass die Stadt nicht jede Maßnahme wirklich 2018 umsetze – zum Beispiel, weil ihr Personal fehle und keine Handwerker zu bekommen seien. Unterschiedliche Ansichten zum Haushalt gab es nur in wenigen Punkten. Die CDU scheiterte mit dem Wunsch, den Ansatz für den Hochwasserschutz um 280 000 Euro auf eine Million Euro aufzustocken. Zudem sperrten sich die Christdemokraten als einzige gegen den Vorschlag von SPD und Grünen, zwei Investitionszuschuss-Töpfe über je 50 000 Euro für Kultur und Bildung zu schaffen.

Schlagabtausch blieben in der Sitzung am Montagabend aus: Sechs der sieben Fraktionen (die AfD blieb außen vor) hatten sich in den Tagen zuvor auf eine gemeinsame Liste mit 50 Än-

derungsanträgen verständigt. „Das ist Rekord“, meinte Volker Spieth, der finanzpolitische Sprecher der Grünen. Angesichts der großen Einigkeit nutzten er und seine Kollegen aus den anderen Fraktionen die Debatte vor allem, um zu zeigen, welche Punkten ihnen besonders am Herzen liegen.

Generell hätten sich die Politiker vom Motto des Propheten Jeremia leiten lassen, das Beste für die Stadt zu suchen, versicherte Frank Wodsack leicht blumig. Der finanzpolitische Sprecher der CDU räumte ein, dass die gute Entwicklung diese Suche erleichtert habe. So sei es der Stadt gelungen, ihre Kassenkredite (sie entsprechen dem Überziehungskredit bei Privatpersonen) in den vergangenen Jahren auf 34 Millionen Euro zu senken – dank der Entschuldungshilfe des Landes von 130 Millionen Euro, aber auch dank der gemeinsamen Anstrengungen von Rat und Verwaltung im Zuge des Zukunftsvertrages mit dem Land. „Die Maßnahmen fruchten, die Konjunktur kommt endlich auch bei uns an.“ Als besonders wichtig für die CDU nannte Wodsack Ausgaben für die Infrastruktur („das ist Generationengerechtigkeit“), darunter das geplante Straßensanierungsprogramm.

Stephan Lenz, Finanzexperte der SPD, führte als deren Prioritäten unter anderem die Zuschusstöpfe für Kultur und Bildung und das Konzept für den sozialen Wohnungsbau an. Obwohl von SPD und Grünen gemeinsam angestoßen, gerieten Sozialdemokrat Detlef Hansen und Grünen-Politiker Spieth darüber aneinander: Hansen begründete das Sozialwohnungs-Programm mit der „angespannten Lage“, sah aber ausdrücklich keine Wohnungsnot in Hildesheim, Mieterverein-Geschäftsführer Spieth sehr wohl – und bekam Unterstützung vom Linken Maik Brückner. Spieth warnte zudem davor, dass kleinere Vereine langsam unter den Folgen des Entschuldungskurses litten. Die Stadt habe diesen bislang ohne Kahlschlag verfolgt, müsse aber aufpassen, dass dies so bleibe. Gerade der Verwaltung fehle es ohnehin am Willen, ärmeren Bürgern zu helfen, monierte Linkspartei-Fraktionschef Orhan Kara. Dies sei auch einer der Gründe, warum trotz der gemeinsamen Linie für 2018 eine Zusammenarbeit beim Haushalt 2019 nicht garantiert sei. Karas Fraktion hat im Etat die Fortsetzung des Stolperstein-Programms untergebracht, das an NS-Opfer erinnert.